

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

S 5,-

oktober 72 nr 48

Kärntner Gleichung:

Opportunismus = Terror

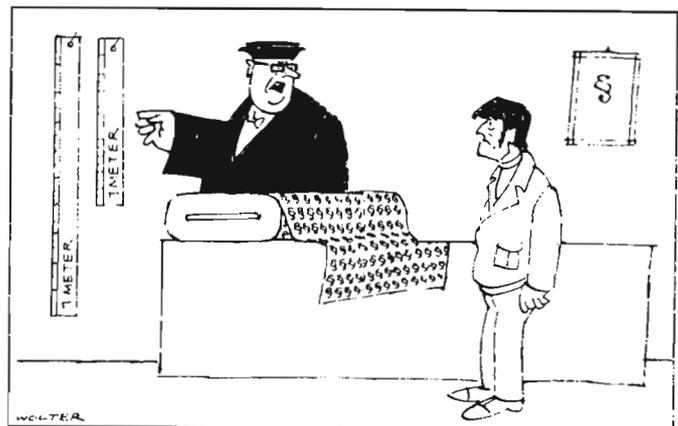
Ein paar Dutzend Neonazi, die gegen wehrlose Ortstafeln anstürmen, repräsentieren nicht nur für die österreichische bürgerliche Presse die "Volksmeinung", sondern sie sind auch für die bürgerlichen Parteien, die ÖVP und FPÖ, Anlaß genug, ihrer Besorgnis Ausdruck zu geben, durch das Ortstafelgesetz für die zweisprachigen Gemeinden in Südkärnten – eine Maßnahme, zu der sich Österreich im Staatsvertrag verpflichtet hat – sei das demokratische Rechtsempfinden der Kärntner Bevölkerung erheblich verletzt worden. Ja es wird sogar die Revision bzw. Aufhebung des Ortstafelgesetzes in Erwägung gezogen. Nun, Kärnten ist ein "rotes" Bundesland, ÖVP und FPÖ wollen auch hier ihre Positionen verbessern, wer wollte also den wackeren Bürgerlichen ihre Demagogie übelnehmen, noch dazu, wenn die sich ohnehin mit ihrer Überzeugung deckt. Der brave Vorsitzende der FPÖ wird vielleicht nicht direkt erfreut sein, wenn durch das Bekanntwerden der Beteiligung von FPÖ-Aktivisten an den Ortstafelstürmen ihm und seiner täglich "stubenreiner" werdenden Partei wieder einmal der braune Peter zugesteckt wird. Hier heißt es jedenfalls Charakter zeigen, und siehe da, schon gesellt sich der Dritte im Bunde dazu, etwas linkisch zwar, aber deutlich genug zum Verstehen gebend, auf welcher Seite das Herz der national empfindenden SPÖ schlägt, und sei es auch eine anatomische Unmöglichkeit. Die Rechnung, die hier gemacht wird, ist simpel, und sollte sie aufgehen, wird der totale Bankrott erklärt werden müssen: der politische Opportunismus ist keine Ausnahme, sondern die Regel in einer bürgerlichen Demokratie; wer das Spiel mitmacht, hat sich gefälligst an die Spielregeln zu halten. Dies aufzuzeigen und in Erinnerung zu rufen, lohnt sich, wenn sich dazu ein geeignetes Demonstrationsobjekt ergibt. Das ist jetzt, im Konflikt um das Ortstafelgesetz in Kärnten gegeben. Die Schlußfolgerungen daraus reichen über die konkreten Auswirkungen dieses Falles weit hinaus.

Gehen wir methodisch vor: Wir rufen das drakonische Einschreiten der Kärntner Behörden in Erinnerung, als vor einiger Zeit in Kärnten die slowenischen Bezeichnungen einiger Dörfer auf die damals noch "rein deutsch" beschrifteten Ortstafeln gepinselt wurden. Und wir stellen dem die verlegene, unbeholfene, wahrlich "sympathi-

sche" Haltung der Kärntner Exekutive angesichts der organisiert auftretenden Ortstafelstürmer gegenüber, dieses augenzwinkernde "Aber-aber-meine-Herren", das von Bundeskanzler Kreisky als "weiterhin empfehlenswerte tolerante Haltung" der Behörden gelobt wird. Wir rufen die Jagd der Salzburger Polizei auf Personen in Erinnerung die vor Nixons Ankunft Auslagenscheiben mit Antikriegsparolen geschmückt hatten. Und die Prügelgarde auf dem Weg zum Flughafen und... und... und...

Wir wissen schon, es ist eben nicht das gleiche. Das einmal ist es opportun, das anderemal nicht. Das eine ist, daß es Gesetze gibt, die ohne Unterschied und Ansehen der Person, der politischen Gruppe oder Partei anzuwenden und zu respektieren sind, das andere, wie die Gesetze von der jeweils zuständigen Instanz tatsächlich zur Anwendung gebracht und ihre Respektierung gewährleistet wird. Wenn die Charaktermaske von Kreiskys Gesicht fällt, sollten wir nicht an den individuellen Zügen, die dahinter zum Vorschein kommen, Anstoß nehmen: sie sind altbekannt. Wer erinnert sich nicht an den Südtirolkämpen Kreisky, der als damaliger Außenminister den Vorhaltungen einiger liberaler Persönlichkeiten mit

Fortsetzung auf Seite 2



"Extremist? Drücken Sie sich gefälligst etwas deutlicher aus: linksextrem oder rechtsextrem?"

der moralischen Empörung begegnete: "Wollen Sie mich der Lüge zeihen?" Man muß es nicht so vornehm ausdrücken. Als "guter" Politiker muß man in der Öffentlichkeit gewisse eigene "Schönheitsfehler" kompensieren, indem man sich auf bestimmten Gebieten ganz-ganz anders verhält, als diese "Schönheitsfehler" es erwarten ließen. Das trifft auf "gute" Politiker ebenso zu wie auf "gute" politische Parteien. Kreiskys Politik ist exemplarische sozialdemokratische Politik. Es ist von jenem pragmatischen Realismus geprägt, der zwischen Klassenlotterie und russischem Roulette die Waage hält. Die SPÖ, mit der absoluten Mehrheit der Stimmen im ganzen Land, wird kopfscheu, unschlüssig, verwirrt und sogar ängstlich, nur weil ein paar Rowdies zu nächtlicher Stund' gegen wehrlose Ortstafeln loswüteten. Paradox? Keineswegs! Es ist logisch innerhalb der Logik der oben geschilderten SPÖ-

Politik. Hier ist eine kleine Quittung, die den möglichen großen Bankrott so plastisch illustriert. Zwanzig Jahre auf alle Prinzipien einer Arbeiterpartei verzichtet, um Stimmen gebuhlt, statt Hirne aufzuklären, um Posten gerauft, statt die Massen zu organisieren, und als der Sieg sich einstellte, war es ein Pyrrhussieg: sie haben die Parlamentsmehrheit, Ministertitel, die Regierungsgewalt erobert, und nun müssen sie auf einen Haufen in aller Öffentlichkeit agierender Chauvinisten Rücksicht nehmen, weil "man nicht wissen kann, wie die Stimmung in der Bevölkerung, wie die Stimmung bei uns ist". Die Gespensterszenen, der ganze Spuk der Kärntner Herbstnächte verdichtet und erhellt sich zu dieser Vision von der Krise der österreichischen Arbeiterbewegung (deren oberflächlicher Ausdruck das Dilemma der SPÖ ist), an der sie täglich größere Schuld trägt.

Wien, 10.10.1972

Zsolt PATKA

Gegen die Abschiebung arabischer Arbeiter und Studenten aus der BRD

Nachstehend einige Auszüge aus dem Aufruf des Münchner Palästina-Komitees zu den Ausweisungen von Arabern durch die deutschen Behörden.

Aufruf

In den frühen Morgenstunden des 21. September verhaftete die Polizei in Bayern eine bisher unbekannt Zahl von Arabern. Einige von ihnen wurden noch am gleichen Tag in arabische Länder abgeschoben. Viele hatten nicht einmal die Möglichkeit, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen.

Diese Verhaftung und Abschiebung der Araber widersprechen allen demokratischen Rechtsgrundsätzen. Die Belegumstände der Nacht- und Nebelaktion waren entwürdigend und brutal. Zum Beispiel:

- + Mohamed El Salak (Student, verheiratet, ein Baby) wurde von der Polizei um sechs Uhr aus dem Bett geholt. Da man ihm sagte, es handle sich nur um eine routinemäßige Personalienüberprüfung, nahm er nicht einmal seine Brille und sein Geld mit. Acht Stunden später saß er im Flugzeug nach Beirut. Seine Frau wurde von den Behörden bis heute noch nicht offiziell über die Abschiebung ihres Mannes informiert.
- + A. El Saghir (Ingenieur, verheiratet) durfte seine gerade operierte Frau nach seiner Verhaftung nicht im Krankenhaus anrufen.
- + Abdel Jabbar Hamad (seit zwölf Jahren in einer Münchner Papierfabrik beschäftigt) wurde abgeschoben, obwohl sich die ganze Belegschaft für ihn einsetzte und sein Arbeitgeber in einer eidesstattlichen Erklärung für ihn bürgte.

Warum wurden diese Araber verhaftet und abgeschoben?

Die Behörden behaupten, sie seien ein "Sicherheitsrisiko" für die Bundesrepublik. Gefährdete der Ägypter Magdi El Gawhary (Chemotechniker, verheiratet, ein Kind), abgeschoben am 23. September, die Sicherheit dieses Landes? Gawhary hatte nach dem Terroranschlag im Olympischen Dorf dem Krisenstab zur Seite gestanden. Das Bonner Auswärtige Amt hatte ihm dafür gedankt und sich nach seiner Verhaftung für ihn eingesetzt.

Um ein Sicherheitsrisiko zu konstruieren, genügte den Behörden bereits die bloße Mitgliedschaft in den völlig friedlichen und legalen Nationalverbänden GUPA (Generalunion Palästinensischer Arbeiter) und GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten), deren Vorstandsmitglieder pflichtgemäß den Behörden laufend gemeldet werden.

In Wirklichkeit besteht das einzige Verbrechen der Betroffenen darin, Palästinenser bzw. Araber zu sein. Weil Araber den Terroranschlag im Olympischen Dorf verübt haben, werden andere Araber, die weder mit den Terroristen noch mit der Tat in irgendeinem Zusammenhang stehen, verhaftet und des Landes verwiesen.

► DAS IST SIPPENHAFTUNG! ◀

Bayerns Behörden wollen damit ihre Ohnmacht und Hilflosigkeit bei den Vorgängen in Fürstfeldbruck kaschieren. Um der Öffentlichkeit Stärke zu demonstrieren, ist ihnen jedes Mittel recht, sogar die Verletzung elementarer Menschenrechte:

- + den Betroffenen wurde lange Zeit verschwiegen, daß sie abgeschoben werden sollten. Zum Teil wurde den Verhafteten nicht die Möglichkeit gegeben, Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen.

+ Die Anwälte, die – von Verwandten informiert – trotz allem ihre Arbeit aufnehmen, wurden wiederholt und bewußt behindert. Die zuständigen Beamten waren für sie nicht zu sprechen. Außerdem wurden ihnen große Schwierigkeiten gemacht, wenn sie versuchten, mit ihren Mandanten in Kontakt zu treten.

Die Folgen dieser Willkür müssen die Familien tragen: Ehen werden rücksichtslos auseinandergerissen. Kinder verlieren ihren Vater. Die Zurückgebliebenen stehen vor großen finanziellen Schwierigkeiten. In ihrem Kampf um ihre Existenz und um ihr Recht sind sie auf unsere Unterstützung angewiesen.

Beim Postscheckamt München ist unter der Nummer 2453 59 auf den Namen Klaus D. Fischer, München – Stichwort: arabische Familien, ein Spendenkonto eingerichtet.

Die Unterzeichner (Stand vom 3.10.1972):

AStA Technische Universität München (K. Käußl)
DGB-Kreis München, Abtlg. Jugend (F. Schmalzbauer)
Gewerkschaftlicher Arbeitskreis d. Studenten
(P. Deininger)
Sozialdemokratischer Hochschulbund München (E. Linner)
Münchner Jungsozialisten (B. Mittelsten-Scheid)
DAG – Landesjugendleitung Bayern (H. J. Paulcke)
Amnesty International München, Gruppe 278 (E. Heller)
Schwelmer Kreis (L. de Pellegrini)
Deutscher Freidenker-Verband Bayern (M. Lazarus)
Münchner Palästina-Komitee (J. Werner)
Landesfriedenskomitee Bayern (E. Fladerer)
Marxistischer Studentenbund Spartakus Bayern (M. Maisel)
Kampagne für Demokratie und Abrüstung (E. Hofmann)
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bayern (W. Listl)
Aktion Vietnam International, München (M. Reiß)
DFG/IdK Kreisverband München
AStA Ludwig-Maximilian-Universität München

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend, für
den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle
1040 Wien, Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

Antwort der FÖJ an das Münchner Palästina-Komitee.

Wien, am 11. 10. 1972

Werte Kollegen und Genossen!

Mit Empörung haben wir von den undemokratischen, durch nichts gerechtfertigten Massenverhaftungen und Abschiebungen arabischer Arbeiter und Studenten durch die Behörden Bayerns und der BRD, Kenntnis genommen. Die Tatsache, daß die westdeutschen Behörden die Ereignisse in München und Fürstenfeldbruck in heuchlerischer Weise zum Vorwand nehmen, um die legalen, demokratischen Organisationen der Palästinenser in der BRD, GUPS und GUPA, zu verbieten und eine Terrorwelle gegen deren Mitglieder zu entwickeln, hat zu Recht eine Protestkampagne fortschrittlicher, demokratischer und sozialistischer Organisationen in der BRD und darüber hinaus, ausgelöst. Die FÖJ – Bewegung für Sozialismus schließt sich dieser Kampagne an und erklärt sich solidarisch mit den verfolgten arabischen Kollegen.

Das Verhalten der BRD-Behörden, die Einigkeit der SPD-Regierungspartei und der CSU des Josef Strauß in dieser Frage, bestätigt uns die auch für Österreich wichtige Erfahrung, daß die Existenz einer Sozialdemokratischen Regierung allein noch lange keine Garantie gegen reaktionäre, dem Grundgesetz widersprechende Repressionsmaßnahmen der bürgerlichen Staatsmacht ist, sondern daß nur in Verbindung mit Kampfmaßnahmen der demokratischen Öffentlichkeit, vor allem der organisierten Arbeiterklasse, Anschläge gegen bereits erreichte demokratische oder soziale Errungenschaften abgewehrt werden können. Dies gilt noch viel mehr für die Durchsetzung sozialistischer Alternativen.

Einer der wichtigsten Grundsätze der FÖJ – Bewegung für Sozialismus ist seit jeher der proletarische Internationalismus, die Solidarität mit allen antiimperialistischen, revolutionären Bewegungen. So unterstützen wir auch den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes und seiner Organisationen, der in drei Richtungen geführt wird: gegen die imperialistischen Unterdrückungsversuche, vor allem durch die USA, gegen die Expansionsbestrebungen Israels und gegen die reaktionäre Politik einiger arabischer Regierungen.

Es ist auch kein Zufall daß die offiziellen Stellen der BRD, wie auch Österreichs, in dieser Auseinandersetzung stets auf der Seite der Feinde des palästinensischen Volkes sind.

Wenn wir auch die Aktionen der Organisation "Schwarzer September" nicht gutheißen können, weil sie den Interessen der betroffenen Völker schaden, verurteilen wir die Versuche, diese Aktionen und ihr von diversen Krisenstäben provoziertes blutiges Ende als Vorwand zu nehmen, um mittels rabiater Polizeieinsätze, einen Schlag gegen alle fortschrittlichen, revolutionären Organisationen in Europa zu führen.

Gegen diese drohende Gefahr der Reaktion, die durch Aufputschkampagnen der bürgerlichen Massenmedien verstärkt wird, gilt es zusammenzustehen.

Unsere Stärke ist die Solidarität!

Mit internationalistischen Grüßen

Bundesleitung der FÖJ – Bewegung für Sozialismus

In Österreich geht ein Gerücht um:

DER ORF LÜGT

Der ORF hat ein von den politischen Parteien unabhängiges Meinungsmedium zu sein – so verlangt es das Volksbegehren, dem er seinen Bestand verdankt.

Der ORF hat über österreichische wie internationale Vorgänge objektiv zu informieren – so verlangt es das Rundfunkgesetz.

Der ORF wird diesen beiden Verpflichtungen nicht gerecht. Von einem Großteil nationaler Geschehnisse erfährt die Öffentlichkeit nichts oder nur recht wenig, Hintergründe werden zumeist überhaupt verschwiegen. Und läßt sich einmal ein brennendes innenpolitisches Problem aller Meinungsmache zum Trotz nicht mehr verniedlichen – eine Schwenkung der Kamera vom Nachrichtensprecher zum Kommentator genügt und die Verniedlichung kann in der zweiten Instanz vonstatten gehen.

Außenpolitisch gibt sich der ORF ebenso sittsam. Als beispielsweise im Herbst dieses Jahres in Turin achthunderttausend Arbeiter in den Generalstreik getreten sind, widmete man in der Argentinierstraße diesem Phänomen zwei Sätze in den Kurznachrichten. Die Darstellung von Arbeiterkämpfen, Streiks, die Bloßlegung ihrer Ursachen wäre für den ORF denn doch ein zu heißes Eisen. Sie können bestenfalls als Erklärung für die Schwierigkeiten der jeweiligen Nationalwirtschaft herangezogen werden, womit der Kreis wieder geschlossen ist, denn Fehlentwicklungen dieser Art sollen von unserer Insel scheinbarer Harmonie bekanntlich ferngehalten werden.

Der ORF hat in unserem Land das Monopol der Meinungsbildung, er beherrscht die Hirne jener, die von ihm Information und Unterhaltung erwarten, ohne Konkurrenz. Er kann sich's leisten, die Berichterstattung von südostasiatischen Kriegsschauplätzen auf die kritiklose Widergabe amerikanischer Agenturmeldungen zu beschränken, denen zumeist Kurzfilme von Bombereinsätzen Glaubwürdigkeit verleihen sollen. Er hat die Macht, Preiserhöhungen von Warengruppen mit den Argumenten der Unternehmerschaft zu legitimieren, um gleichzeitig Lohnforderungen als Ursache der Erhöhung zu verteufeln.

Der ORF hat das Monopol der Meinungsbildung, und er verwaltet es schlecht. Das fanden zumindest ein paar Dutzend Linzer, die die Eröffnung des neuen ORF-Studios zum Anlaß nehmen wollten, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Sie verteilten Flugblätter, pinselten die Losung "DER ORF LÜGT" an die Häuserwände und blockierten überdies den Eingang zum Studio, das da festlicher Eröffnung harrete. Derzeit läuft gegen sie eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, denn die Polizei schaltete schnell und servierte sie ebenso prompt ab wie jene vier Demonstranten, die bei der ORF-Beschimpfung "In Linz müßte man sein" das Motto des Abends zu wörtlich genommen haben.

Dem ORF ist demokratische Verpflichtung auferlegt, die er nur mangelhaft zu erfüllen bereit ist. Wir glauben, es ist an der Zeit, ihn an diese seine Verpflichtung zu erinnern. Aus diesem Grund halten wir es für richtig, mit der Durchführung einer ORF-Kampagne zu beginnen.

Die Kontaktadresse für alle Interessenten der "Anti-ORF-Kampagne" ist:

1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

Indochinakampagne Herbst 1972

Zur internationalen Lage

Die US-Wahlen Anfang November verleihen den Befreiungstreitkräften in Indochina eine politische Entscheidungskraft, die, mit dem siegreichen militärischen Vormarsch gekoppelt, die Nixon-Administration zwingt, auf die Forderungen der FNL und der DRV bei den Pariser Verhandlungen in einem noch nie dagewesenen Umfang einzugehen.

Zur Situation der Linken in Österreich

Nach weiteren Spaltungen der verschiedenen linken Splittergruppen, ihrer Konkurrenz untereinander um den Führungsanspruch, der vollkommenen Selbstisolierung der KPÖ und der abwartenden Haltung der "linken" SP-Gruppen, ist der vorläufig tiefste Stand der Aktionsfähigkeit der linken Gruppen auf diesem Gebiet in Österreich erreicht worden.

Zur Bildung eines Indochina-Komitees

Vor kurzer Zeit trafen die verschiedenen linken Gruppen und Organisationen zusammen, um die Bildung eines Aktionskomitees zwecks Durchführung einer Solidaritätsdemonstration mit der indochinesischen Revolution zu erörtern. Die KPÖ erschien mit sechs Vertretern verschiedener Ableger-Organisationen, deren Stimmengewicht prompt zur mechanischen Durchsetzung eines vorgelegten Minimalprogramms eingesetzt wurde. Dies führte zum Auseinanderbrechen der anwesenden Organisationen mit VSM-KPÖ auf der einen und mit den übrigen Organisationen auf der anderen Seite. (Die MLS hielt sich beiden Gruppen fern.) Die Mehrheit der Organisationen unternahm den Versuch zu einem neuen Beginn auf weniger starr vorgezeichneter Aktionsbasis. Bei neuerlichem Zusammentreffen aller Organisationen, schied die KPÖ, angeblich wegen eines Flugblatts der MLS, aus. Das Komitee der verbliebenen Organisationen beschloß, unter vorher gemeinsam ausdiskutierten Losungen die Vorbereitung und Durchführung einer Indochina-Demonstration in Angriff zu nehmen.

Die Haltung der FÖJ – Bewegung für Sozialismus

Unsere Haltung läßt sich – wie bei allen früheren Solidaritätskampagnen – auf folgende Formel bringen: Rückhaltlose Solidarität mit der indochinesischen Revolution, Sieg der FNL – Kampf dem US-Imperialismus, Kampf dem Kapitalismus – Zurückstellung aller Polemiken zwischen den linken Gruppen während des gemeinsamen Auftretens, Kritik und Selbstkritik an den fremden wie eigenen politischen Positionen während der Vorbereitung und nach der Demonstration.